

Pressemitteilung



Köln, den 22. Februar 2019

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung wehrt sich gegen Plagiat-Methoden der AfD

KAB-Bundesvorsitzender sieht geistigen Diebstahl des Cappuccino-Modell

Als unverschämten Versuch mit fremden Federn auf Wählerfang zu gehen, bezeichnet die KAB Deutschlands das Vorgehen der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), das Sockelrenten-Modell der katholischen Verbände in die parteipolitische Programmatik aufzunehmen. „Hier versuchen die AfD-Politiker Christina Baum und Emil Sänze auf Kosten der KAB ihr parteipolitisches Süppchen im Vorfeld des Landesparteitages zu kochen“, betont Peter Niedergesäss, Sprecher der KAB Rottenburg-Stuttgart. Baum und Sänze stellten im Vorfeld des Heidenheimer Parteitages ein sogenanntes Cappuccino-Modell vor, das den Namen sowie weite Teile des solidarischen Alterssicherungsmodell der Katholischen Verbände kopiert. „Hier versucht eine sozialpolitisch gesichtslose Partei mit dunklen Verschleierungs- und billigen Plagiat-Methoden auf Wählerfang zu gehen“, erklärt Andreas Luttmer-Bensmann, Bundesvorsitzender der KAB Deutschlands. Hier hätten Verantwortliche der Partei AfD, die sonst lautstark gegen Kriminalität und Diebstahl wettet, scheinbar geistigen Diebstahl begangen, indem sie weite Teile des Cappuccino-Rentenmodells der KAB in einer Wahl-Broschüre übernommen haben.

Distanz zu rechtspopulistischen Parteien

Die KAB wehrt sich gegen diese Vereinnahmung durch die rechtspopulistische Partei und ruft ihre Mitglieder auf, sich weiterhin für die politische Umsetzung der Sockelrente in einer Solidarischen Alterssicherung in allen demokratischen Parteien einzusetzen.

In einem Grundsatzbeschluss von November 2018 lehnt die KAB Programmatik und Handeln der AfD als unchristlich und menschenverachtend ab. „Mitglieder und Funktionäre der Partei AfD werden bei öffentlichen Veranstaltungen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung weder als Referent*innen noch als Podiumsteilnehmer*innen eingeladen“, so der Beschluss, dem sich auch die KAB-Diözesanverbände angeschlossen haben. Auch in einem Aufruf zu den Europawahlen im Mai hat die KAB Wählerinnen und Wähler aufgefordert, demokratische Parteien zu wählen. „Nur weil man demokratisch gewählt wurde, ist man noch keine demokratische Partei“, so Luttmer-Bensmann.